

Zu TOP 3 Information über den Beginn des neuen Schuljahres (Schulverwaltungsamt)

Frau Kunth betont eingangs, dass über die tatsächliche Anzahl der Schülerinnen und Schüler keine 100-%-igen Aussagen getroffen werden können, ehe das Schuljahr begonnen habe. Mit Stand März/April 2006 lagen für die Jahrgangsstufe 7 die folgende Anzahl von Anmeldungen vor:

Erforderliche Anmeldungen erreicht:

| Schule | Anmeldungen |
|---------------------------------------------|-------------|
| Geschwister-Scholl-Gymnasium | 89 |
| Gymnasium Beeskow | 63 |
| Carl-Bechstein-Gymnasium Erkner | 80 |
| Albert-Schweizer-Gymnasium Eisenhüttenstadt | 77 |
| Oberschule Erkner | 57 |
| Gesamtschule 3 Eisenhüttenstadt | 101 |
| Oberschule 2 Fürstenwalde | 54 |

Erforderliche Anmeldungen erheblich unterschritten:

| Schule | Anmeldungen |
|---------------------------------------|-------------|
| Heinrich-Heine-Oberschule EH | 37 |
| Albert-Schweizer-Gesamtschule Beeskow | 50 |
| Grund- und Gesamtschule Bad Saarow | 42 |
| Oberschule 1 Fürstenwalde | 40 |
| Gesamtschule Woltersdorf | 32 |
| Europaschule Storkow | 31 |
| Oberschule Müllrose | 38 |

Genauere Schülerzahlen könnten sowohl hier als auch für die gymnasialen Oberstufen erst nach dem 1. Schultag genannt werden.

Umfangreiche Vorbereitungen für das kommende Schuljahr habe der Landkreis im Zuge der Übernahme der Trägerschaft der weiterführenden Schulen zu treffen.

Aufgrund der Auflösung des Fürstenberger Gymnasiums müsse die 11. Jahrgangsstufe des Albert-Schweizer-Gymnasiums vorerst in der Heinrich-Heine-Oberschule beschult werden. Die Einrichtung sei vom Gymnasium fußläufig zu erreichen. Für die Gesamtschule 3 habe der Landkreis Räume in der ehemaligen Volkshochschule der Stadt für ein Jahr angemietet. Die Mietzusage erhielt der Landkreis heute. Damit stünden die entsprechenden Kapazitäten zur Verfügung und die notwendigen Umzüge und das Einrichten der Unterrichtsräume könnten realisiert werden. Weitere Probleme zum Schuljahresbeginn seien derzeit nicht erkennbar.

Frau Wenzel ergänzt, dass das Staatliche Schulamt mit dem Stichtag 22. August die aktuellen Schülerzahlen erheben werde. Diese werden dem Protokoll als Anlage beigelegt. In der Diskussion stellt sich heraus, dass keine genauen Zahlen über die Anzahl der Schüler an Privatschulen existieren, da diese im Staatlichen Schulamt in Vorbereitung des Schuljahres nicht gemeldet werden müssen. Auszugehen sei von 8 – 10 % eines Jahrganges. Es solle weiter verfolgt werden, wie viele Schüler die staatlichen Schulen verlassen und an Privatschulen wechseln.

Frau Kunth weist darauf hin, dass die Schulen in freier Trägerschaft auf freiwilliger Basis die Schülerzahlen an das Schulverwaltungsamt gäben. Sie könne zum nächsten Ausschuss die Auflistung mitbringen. Weiterhin wird geklärt, dass 7. Klassen auch an den Schulen eingerichtet würden, die weniger als 54 Anmeldungen hatten. Hinzu kämen dann die Wiederholer, deren Anzahl nicht in die genannten Zahlen eingerechnet wurde.

Der Bitte um genaue Angaben, wie viele an welchen Schulen eine Jahrgangsstufe wiederholen, kann so nicht entsprochen werden, da auch Wiederholer die Schule mitunter wechseln müssen.

Besonders bei Wiederholern in der 10. Klasse und in der Sekundarstufe II gehe es nicht immer um unzureichende Leistungen, sondern oft auch um die Wahrnehmung der Möglichkeit, die Jahrgangsstufe noch besser abzuschließen. Die Anzahl der Wiederholer könne somit nicht als Qualitätsmerkmal vordergründig für eine Schule herangezogen werden. Frau Wenzel sagt eine entsprechende Übersicht zu.

Zum Vorhaben der Fraktion Linkspartei.PDS, den neuen Schulentwicklungsplan bereits im März 2007 dem Kreistag zur Beschlussfassung vorzulegen, erwidert Frau Kunth, dass dieser bereits vorbereitet werde und im Frühjahr 2007 zur Diskussion stehen würde. Um die Schulentwicklungsplanung rechtlich zu sichern, solle die Novellierung des Schulgesetzes zum Jahresende 2006 und wenn möglich die Vorgaben der Regionalplanung zur örtlichen Gliederung eingearbeitet werden.

Das Thema Schulentwicklungsplanung solle im nächsten Sozialausschuss diskutiert werden.

Zu TOP 4 Information über die Arbeitsgemeinschaft Integrierte Versorgung im Landkreis Oder-Spree (Sozialplanu

Frau Dr. Weser stellt Frau Krüger als neue Sozialplanerin vor und übergibt ihr das Wort.

Frau Krüger erläutert die aktuellen sozialen Strukturen im Landkreis Oder-Spree und erklärt die Gründung und Akteure der Arbeitsgemeinschaft.

Herr Kirchhoff, der ebenfalls Mitglied der Arbeitsgemeinschaft ist, fügt hinzu dass eine gründliche Analyse den genannten Schlussfolgerungen vorausgegangen sei. Ziel sei vor Allem, übergreifend alle Beteiligten an einen Tisch zu bringen und dabei effektiver zu arbeiten.

Frau Dr. Weser kommt auf den Altenhilfeplan von 1997 zurück. Darin sei festgestellt worden, dass nur 6,6 % der Senioren sich ein Leben im Altenpflegeheim vorstellen könnten. Diese Aussage sei Anreiz für die Kreisverwaltung gewesen, sich dieser Problematik zu stellen.

Die Befragung des Altenhilfeplanes solle wiederholt werden. Dabei würden die alten Fragen verwendet, jedoch aktuellen Gesetzlichkeiten und Gegebenheiten entsprechend verändert.

Zu TOP 5 Sachstandsinformation zur Influenza-Pandemieplanung (Gesundheitsamt)

Frau Dr. Baumann erläutert die Bedeutung und möglichen Auswirkungen einer Influenza-Pandemie.

Zu TOP 6 Information zum ernährungsbedingten Mehrbedarf (Gesundheitsamt)

Hier erklärt Frau Dr. Baumann die Krankheitsbilder und Voraussetzungen nach denen Arbeitslosengeld-II-Empfängern und Sozialhilfeempfängern ein finanzieller Mehrbedarf gewährt wird.

Zu TOP 7 Beratung über Anträge Kultur-, Sport- und Denkmalförderung (Kultur- und Sportamt)

Es wird eingangs geklärt, dass bisher ca. 50 % der Denkmalfördermittel ausgegeben wurden.

Gemäß Tischvorlage wird folgendes beschlossen:

Objekt „Schlabener Mühle in Neuzelle“ Förderung i. H. v. 15.000 €

Objekt „Ulmenstraße 17 a, Bad Saarow“ Förderung i. H. v. 5.000 €

Die Vorschläge des Kulturbeirates werden einstimmig angenommen.

Projekt „Beleuchtungsanlage für Fußballplatz“ Förderung i. H. v. 4.000 €

Der Vorschlag des Kulturbeirates wird einstimmig angenommen.

Projekt „Ausstellung u. Workshop ‚An die Arbeit‘“ Förderung wird abgelehnt

Projekt „Friedrich Gilly Projekt Steinhöfel“ Förderung i. H. v. 2.000 €

Projekt „Anschaffung von Archivregalen...“ Förderung i. H. v. 4.000 €

Projekt „Einrichtung Scheune als Museum“ Förderung i. H. v. 3.765 €

Diese Vorschläge des Kulturbeirates werden einstimmig angenommen.

Projekt „Eine Region macht mobil“ Förderung i. H. v. 2.500 €

Der Ausschuss folgt hier mit 4 zu 3 Stimmen dem Vorschlag des Kulturamtes, jedoch erst bei nach Vorliegen der unter ‚Bemerkungen‘ genannten Unterlagen.

Herr Dr. de Bruyn stellt noch eine Komplementärfinanzierung vor. Die Stadt Fürstenwalde möchte sich für die Landesmusikschulstage 2009 bewerben. Voraussetzung für die Bewerbung sei die Verpflichtung des Landkreises, sich mit 15.000 € zu beteiligen.

Sollte die Stadt Fürstenwalde den Zuschlag nicht bekommen, könnten die Mittel aus dem Haushalt gestrichen werden.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Abschließend äußert Herr Dr. de Bruyn ein Anliegen zum Kulturbeirat: der neue Geschäftsführer der Kulturfabrik in Fürstenwalde, Herr Dr. Oeler, solle als Mitglied im Kulturbeirat aufgenommen werden.

Zu TOP 8 Information zur Unterbringung der Hilfeempfänger (Amt für Grundsicherung und Beschäftigung)

Herr Lindemann betont, dass es sich nicht um Unterbringungsmaßnahmen handle. Das Amt für Grundsicherung und Beschäftigung (Amt 55) sei lediglich für die finanzielle Bedarfsdeckung zuständig. Diese vollziehe sich nach den tatsächlichen Kosten der Unterkunft. Als Richtlinie diene der aktuelle Mietspiegel.

In den westlichen (Berlin nahen) Bereichen des LOS läge dieser bei max. 5,07 €/m²; in den östlichen Bereichen (schon ab Storkower Bereich) bei 4,76 €/m². Auch die Bewohneranzahl pro Wohnung sei maßgebend.

Ein geringfügiges Überschreiten der vorgegebenen Wohnungsgröße werde akzeptiert. Bei höheren Überschreitungen würden verschiedene Maßnahmen zur Reduzierung der Miethöhe unternommen:

- Untervermietung vorschlagen
- Verhandlungen mit Vermieter führen
- Umzug (als letzte Möglichkeit)

Bis zu 6 Monaten werde die erhöhte Miete vom Amt übernommen, danach sollte eine Maßnahme greifen, sonst würde nur die Miete im gesetzlichen Rahmen übernommen. D. h. in der Bedarfsgemeinschaft für eine/die 1. Person = 50 m², für die 2. Person + 15 m², für jede weitere Person + 10 m².

Die Anzahl der Umzüge begrenzt sich auf Einzelfälle, eine Statistik würde nicht geführt. Das Amt 55 habe noch keine Umzugsbescheide erstellt. Ebenso lägen die Umzüge von Jugendlichen in Grenzen.

Bei den Betriebskosten würden die tatsächlichen Aufwendungen vom Amt bezahlt, Grundlage sei dabei die Rechnungslegung. Leitlinie seien für Betriebskosten und Kosten der Heizung jeweils 1,50 €/m².

Auf Herrn Dr. Stiller's Nachfrage zu einem Zeitungsartikel betont Herr Lindemann, dass er keine Missbrauchsunterstellungen im Artikel geäußert habe. Er stehe jedoch weiterhin zu den Aussagen.

Er betont, dass es Missbrauch gebe. Das Amt sei gesetzlich verpflichtet, diese aufzudecken. So sei es möglich, doppelte Wohnungsanmietungen zu erkennen. Dabei spielten aber auch anonyme Anzeigen eine Rolle – wobei sich das Amt wegen Denunziationen im Zwiespalt sehe. Schwerer zu ermitteln sei der Missbrauch im Betriebskostenbereich.

Ermittlungen würden auch mit Hilfe der Sozialversicherungsträger geführt, die Beiträge bei Arbeitsverhältnissen mitteilten sowie der Finanzämter, die z. B. verschwiegene Zinseinnahmen meldeten.

Insgesamt sei ein Missbrauch in Höhe von ca. 3 % festzustellen.

Zu TOP 9 Information über die Kommunalisierung der Sozialhilfe (Sozialamt)

Frau Dr. Weser berichtet. Der Bund habe die Zuständigkeit im Bereich der Sozialhilfe, speziell Eingliederungshilfen zum 01.01.2007 neu geregelt. Das Land wiederum regule in einem Ausführungsgesetz die Aufgabenübertragung an die Landkreise und kreisfreien Städte. Die Landkreise (außer Barnim) und die kreisfreien Städte strebten eine gemeinsame Lösung bei der Aufgabenwahrnehmung an.

Jeder sei für sein Gebiet verantwortlich, bediene sich aber eines Erfüllungsgehilfen mittels öffentlich-rechtlichen Vertrages. Der Landkreis Spree-Neiße als ausgewählter Erfüllungsgehilfe werde eine Servicestelle einrichten, die sich aus Umlagen der anderen finanziere. Die Wahl sei u. a. so getroffen worden, da man annahm, dass Mitarbeiter aus dem LASV dort arbeiten könnten.

Die Grundlage für die Finanzierung seien die Einwohner/Landkreis. Damit müsse der LOS ca. 50.000 €/Jahr einplanen. Die Aufgaben seien hauptsächlich Kostensätze und Entgelte in den stationären und teilstationären Einrichtungen. Die ambulanten Bereiche würden nicht berücksichtigt.

Verträge sollten erstmalig nach 3 Jahren kündbar sein, um erstmals ein kontinuierliches Arbeiten zu gewährleisten.

Für den letzten Kreistag dieses Jahres werde eine Beschlussvorlage vorbereitet.

Zu TOP 10 Sonstiges

Zum Terminplan 2007, der nicht vorlag, gibt es keine Anregungen und Bedenken.

Auf Nachfrage von Frau Böhnisch zur Haushaltssperre, die soziale freie Träger in ihrer Arbeit beeinträchtigt, erläutert Frau Wellmer, die Haushaltssperre gelte noch, weil das Ministerium des Innern den Haushaltsplan LOS noch nicht genehmigt habe. Das läge auch an personellen Problemen im Mdl.

Die Haushaltsdurchführung regle jedoch eine Mittelfreigabe, wodurch es weiterhin zu Auszahlungen kommen könne.

Herr Lindemann ergänzt, dass sein Amt seit 30.06. eine Haushaltssperre habe, weil auf Bundesebene Mittel umgeschichtet würden – darüber habe er auch im letzten Kreistag informiert. Diese Sperre gelte jedoch nur für neu beantragte Projekte.

Es wird vorgeschlagen, den nächsten Ausschuss im OSZ Eisenhüttenstadt stattfinden zu lassen. Frau Dr. Weser weist darauf hin, dass die Bildungsangebote in den OSZ (in Zusammenarbeit mit Frankfurt (Oder) und MOL) im nächsten Kreistag den Abgeordneten als Beschluss vorgelegt werde.

Zu dieser Beratung sollen dann Herr Kanski als zuständiger Schulrat sowie die Vertreter der OSZ zugegen sein.

Vorsitzender des
Ausschusses für Soziales,
Bildung, Kultur und Sport

stellv. Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales,
Bildung, Kultur und Sport

Schriftführer/in